

Wertewandel, gesellschaftliche Zeitpräferenz und Kirchengaustritte im 20. Jahrhundert*

von Richard Reichel

I. ZUR PROBLEMATIK DER KIRCHENAUSTRITTE

Seit dem Ende der 60er Jahre sehen sich die beiden christlichen Volkskirchen einer zunehmenden Anzahl von Kirchengaustritten gegenüber. Konfessionell waren diese Austrittsbewegungen zwar unterschiedlich stark ausgeprägt, doch haben sie in den letzten Jahren vor allem bei der Evangelischen Kirche ein solches Ausmaß erreicht, daß der langfristige Bestand dieser Institution ernsthaft in Frage gestellt sein könnte. Die Abwendung der Deutschen von den Kirchen vollzog sich dabei in zeitlicher Hinsicht nicht kontinuierlich, sondern zeigt Höhepunkte in der ersten Hälfte der 70er Jahre und am Beginn der 90er Jahre. Über die Gründe dieser "Entkirchlichung" ist viel spekuliert worden. Bereits einige Jahre nach Beginn der ersten Austrittswelle um 1970 erschien eine Studie der Evangelischen Kirche Deutschlands, die eine Analyse des Wandels religiöser Werte zum Ziel hatte.¹ Welche Determinanten die religiöse Werthaltung bestimmen, wurde in jüngeren Studien, darunter zwei Folgerhebungen im Bereich der evangelischen Kirche noch eingehender untersucht.²

Weitgehend ungeklärt bleibt dabei aber die Frage, ob die "Entkirchlichung" Folge einer abnehmenden Religiosität an sich ist oder ob die Volkskirchen nur "das falsche Angebot" im Programm haben, um den sich wandelnden Ansprüchen an "religiöse Dienstleistungen" zu entsprechen. Die angesprochenen Untersuchungen konnten zur Beantwortung dieser Frage bislang nur eher anekdotische Erklärungsbeiträge liefern. Zentrale Determinanten der kirchlichen (oder religiösen) Orientierung einer Gesellschaft versuchte man beispielsweise durch repräsentative Befragungen zu erfassen. So aufschlußreich diese Studien im einzelnen sind, so liefern sie kaum Informationen

über langfristige Prozesse des gesellschaftlichen Wertewandels, da die zugrundegelegten Zeiträume zu kurz sind und die Dekaden vor 1970 nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund versucht dieser Beitrag deshalb, eine neue Erklärung des historischen Verlaufs der Kirchengaustrittsbewegung im 20. Jahrhundert zu geben. Er bedient sich hierzu des Instrumentariums der neoklassischen Wachstumstheorie und der Theorie langer Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Vorgehensweise scheint deshalb angebracht, weil gesellschaftliche Werthaltungen nicht nur Entscheidungen im immateriellen Bereich, wie beispielsweise die Hinwendung zu oder die Abwendung von der Religion zur Folge haben, sondern auch den Wachstumspfad einer Volkswirtschaft maßgeblich beeinflussen. Exemplarisch sei hier auf die Max-Weber-These verwiesen, die einen engen Zusammenhang zwischen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der protestantischen Ethik unterstellt.

II. LANGE WELLEN WIRTSCHAFTLICHER AKTIVITÄT UND KIRCHENAUSTRITTE

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der Austritte (in Prozent der Mitglieder) aus der Evangelischen Kirche Deutschlands³ von 1900 bis heute, so fällt eine frappierende Ähnlichkeit mit der Periodizität der Kondratieff-Zyklen wirtschaftlicher Aktivität auf.⁴ In Perioden eines langwelligen Aufschwungs war die Austrittsquote weitaus niedriger als zu Zeiten ökonomischer Stagnation. So ist die Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg, in der sich die deutsche Wirtschaft in einer langen Aufschwungsphase befand, ebenso durch sehr niedrige

* Ich danke Herrn Dr. theol. Otto Haß für kritische Kommentare und hilfreiche Anregungen

¹ Helmut Hild, *Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung: Ergebnisse einer Meinungsbefragung*, Gelnhausen/Berlin, 1974.

² Johannes Hanselmann/Helmut Hild/Eduard Lohse (Hrsg.), *Was wird aus der Kirche? Ergebnisse der zweiten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft*, Gütersloh, 1984; Klaus Engelhardt/Hermann von Loewenich/Peter Steinacker (Hrsg.), *Fremde Heimat Kirche - Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft*, Gütersloh, 1997. Vgl. auch Gerhard Schmidtchen, *Was den Deutschen heilig ist: Religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland*, München, 1979 und Paul Zulehner und H. Denz, *Wie Europa lebt und glaubt: Europäische Wertestudie*, Düsseldorf, 1993.

³ Zur Begründung der Beschränkung auf die EKD siehe Abschnitt IV.

⁴ Obwohl theoretisch wie empirisch nicht unumstritten, sind gerade für Deutschland solche langen Wechselphasen wirtschaftlicher Aktivität von ca. 50 - 60 Jahren statistisch gut gesichert. Vgl. Hans H. Glismann/Horst Rodemer/Frank Wolter, *Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums - Replik und Weiterführung*, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 74, Kiel 1980.

Quoten gekennzeichnet wie die Periode von 1950 bis zum Ende der 60er Jahre. In den 1920er und 30er Jahren sowie in der Zeit ab Ende der 60er Jahre hingegen weisen die Austrittszahlen einen drastischen Anstieg auf. Einen besonders auffälligen, der Kondratieff-Zyklizität ebenfalls entsprechenden Zusammenhang gibt es zwischen der Quote der Kirchaustritte und der Arbeitslosenquote.

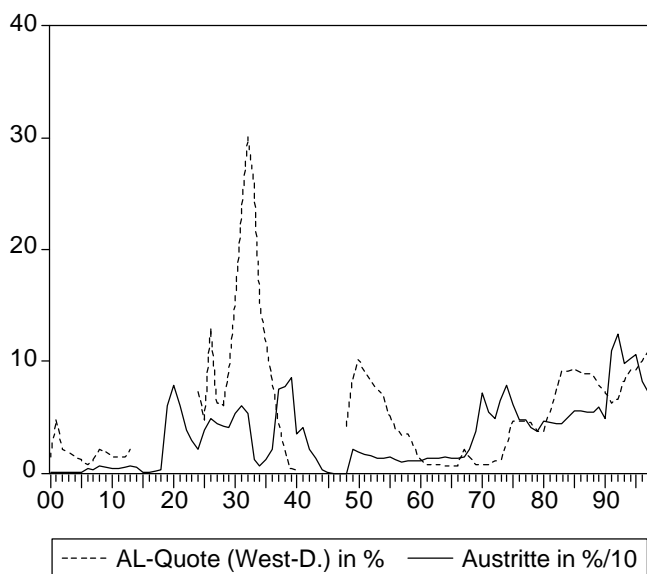


Abbildung 1: Arbeitslosenquote und Kirchaustrittsquote im Zeitraum 1900 - 1997

Es fällt hierbei aber schwer, eine direkte kausale Beziehung zwischen beiden Größen zu begründen, obwohl im langfristigen Trend hohe Arbeitslosigkeit mit zahlreichen Kirchaustritten verbunden ist. Da im Fall von Arbeitslosigkeit die Belastung durch die Kirchensteuer wegfällt, die Angebote der Kirche aber weiterhin genutzt werden können, ist Erwerbslosigkeit kein Grund, aus der Kirche auszutreten. Vielmehr ließe sich eher die konträre Hypothese aufstellen, nach der Arbeitslose besonders des Schutzes einer Gemeinschaft bedürfen und deshalb keinen Anreiz zum Austritt haben dürften. Aber auch eine umgekehrte direkte Kausalbeziehung ist nicht zu begründen, da es unsinnig wäre, hohe Arbeitslosigkeit durch "Glaubensabfall" zu erklären. Dennoch tritt der langfristige Zusammenhang zu deutlich in Erscheinung um als ein Werk des Zufalls abgetan zu werden. Somit bleibt zur Erklärung dieses Phänomens nur die Hypothese, daß die langfristig gleichgerichtete Entwicklung beider Variablen, der Austrittsquote und der Arbeitslosenquote durch eine latente dritte Variable erklärt werden kann. Eine solche Variable könnte man - zunächst stark vereinfachend - als den herrschenden "Zeitgeist" bezeichnen. Unter "Zeitgeist" können all jene gesellschaftlichen Wertvorstellungen verstanden werden, die direkt oder indirekt einen Einfluß auf ökonomische und außerökonomische Verhaltensweisen haben.

III. WERTEWANDEL UND GESELLSCHAFTLICHE ZEITPRÄFERENZRATE

Eine solche Variable sollte nach Möglichkeit empirisch meßbar und über längere Zeiträume dokumentiert sein. Dann erscheint es möglich und sinnvoll, einen Zusammenhang zwischen dem

historischen Wertewandel in einer Gesellschaft, der sich unter anderem in unterschiedlich hohen Kirchaustrittsquoten einerseits und ökonomischen Größen, wie der Höhe der Arbeitslosigkeit andererseits manifestiert, herzustellen und empirisch zu testen.

Die bisher durchgeführten Untersuchungen zu gesellschaftlichen Wertvorstellungen stoßen gerade hier an ihre Grenzen und ermöglichen keine solchen Langfristuntersuchungen. Aus diesem Grund greifen wir auf das in der ökonomischen Wachstumstheorie verwendete Konzept der "gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate" zurück. Was ist unter diesem Begriff zu verstehen? Bei der Analyse langfristiger Wachstumsprozesse geht die ökonomische Wachstumstheorie vereinfachend von einer gesellschaftlichen Nutzenfunktion aus, die als Argumente den (materiellen) Gegenwartskonsum sowie den (materiellen) Zukunftskonsum enthält. Die relative Gewichtung dieser beiden Konsumgrößen wird durch die Zeitpräferenzrate determiniert. Eine positive Zeitpräferenzrate liegt dann vor, wenn die Mitglieder einer Gesellschaft (einen bestimmten) zukünftigen Konsum systematisch niedriger bewerten als einen gleich hohen Konsum in der Gegenwart. Je höher die Zeitpräferenzrate, desto geringer ist das Gewicht des zukünftigen Konsums. Eine Gesellschaft, deren Zeitpräferenz hoch ist, handelt stark gegenwartsorientiert und spart wenig. Bei einer niedrigen Zeitpräferenzrate hingegen liegen die Dinge anders. Der Gegenwartskonsum wird verhältnismäßig geringer gewichtet, Zukunftskonsum und die hierfür nötige Kapitalbildung stehen stärker im Vordergrund.

Das Konzept einer in der Regel positiven Zeitpräferenzrate, kann zwar nicht den Anspruch erheben, den "Zeitgeist" umfassend zu messen, es beinhaltet aber gleichwohl eine entscheidende Determinante. Die systematische Minderschätzung zukünftigen Konsums kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden, die bei Neumann vertieft diskutiert werden.⁵ Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß das Konzept der Diskontierung zukünftigen Konsumnutzens nicht ohne (normative) Kritik geblieben ist,⁶ diese Diskussion kann hier aber nicht vertieft werden. Vielmehr soll der Frage nachgegangen werden, ob das Konzept empirisch gehaltvoll ist und somit zur Erklärung gesellschaftlicher

⁵ Manfred Neumann, Zukunftsperspektiven im Wandel. Lange Wellen in Wirtschaft und Politik, Tübingen 1990, S. 41ff.

⁶ Dieter Birnbacher, Intergenerationelle Verantwortung oder: Dürfen wir die Zukunft der Menschheit diskontieren? In: Reiner Kümmel/Jörg Klawitter (Hrsg.), Umweltschutz und Marktwirtschaft aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen, Würzburg 1989, S. 101-115.

und ökonomischer Verhaltensweisen im historischen Prozeß herangezogen werden kann.

Die gesellschaftliche Zeitpräferenzrate als solche ist allerdings empirisch unbeobachtbar, so daß sie in geeigneter Weise approximiert werden muß. Eine solche Approximation ist indes leicht möglich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie sich zwangsläufig im realen Zinsniveau einer Volkswirtschaft niederschlagen muß. Handelt eine Gesellschaft beispielsweise stark gegenwartsorientiert, so steigt der Preis für gegenwärtigen Konsumverzicht an. Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft sind nur bereit, auf Gegenwartskonsum zu verzichten, also zu sparen, wenn sie in der Zukunft einen erheblich größeren Konsum als Gegenwart erhalten. Das bedeutet aber, daß sie einen hohen Zins für ihren gegenwärtigen Konsumverzicht fordern. Eine hohe Zeitpräferenzrate schlägt sich deshalb in einem hohen realen Zinsniveau nieder. Diese eindeutige Beziehung erlaubt es somit, volkswirtschaftliche Zinsaggregate als Reflex der Zeitpräferenz zu betrachten. Besonders geeignet für langfristige Untersuchungen ist hierbei die reale Rendite langfristiger Staatsanleihen, da die Daten bis weit in das 19. Jahrhundert zurückreichen.⁷

Um jedoch den Realzins zu bestimmen, bedarf es einer Hypothese über die Bildung von Inflationserwartungen. Bildet man wie gemeinhin üblich die Differenz aus Nominalzins und Inflationsrate, so impliziert dies die Annahme rationaler Erwartungen. Die Wirtschaftssubjekte wissen ex ante, welche Inflationsrate ex post realisiert wird. Ob sich so realistische Werte für den ex ante-Realzins (Nominalzins minus erwartete Inflationsrate) ergeben, scheint zumindest fraglich. Überdies schwankt der Realzins dann (bei relativ geringer Volatilität des Nominalzinses) im konjunkturellen Verlauf sehr stark in Abhängigkeit von der Inflationsrate, so daß man als Approximation der gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate sowohl den Real- als auch (bei hinreichend niedriger Inflation) den Nominalzins heranziehen sollte.

Ein weiteres Problem besteht in der Tatsache, daß der oben beschriebene Zusammenhang zwischen Zins und Zeitpräferenz nur im langfristigen Wachstumsgleichgewicht gilt. Es kann aber nicht erwartet werden, daß sich eine Wirtschaft über fast 100 Jahre permanent in einem langfristigen Wachstumsgleichgewicht befindet bzw. von Jahr zu Jahr

übergangslos von einem Gleichgewicht zum nächsten wechselt. Vielmehr war die deutsche Wirtschaft in diesem Jahrhundert zahlreichen exogenen Schocks und nachfolgenden Anpassungsprozessen ausgesetzt, die den engen Zusammenhang zwischen Zins und Zeitpräferenz lockern. Insofern kann die empirische Betrachtung von Zinsaggregaten nur als Annäherung an die Zeitpräferenz dienen. Beim empirischen Test sollte deshalb darauf geachtet werden, daß Zeitperioden, die durch starke exogene Schocks wie Kriege und schwere Wirtschaftskrisen gekennzeichnet sind, ausgeklammert werden.

Nach diesen Vorüberlegungen und in Kenntnis der Einschränkungen bei der Übertragung des theoretischen Konzepts auf die empirische Forschung lassen sich nun die folgenden Hypothesen aufstellen und empirisch testen:

Hypothese 1

In Perioden, die durch eine niedrige Zeitpräferenzrate und somit durch niedrige Zinsen gekennzeichnet sind, ist ein hohes Niveau wirtschaftlicher Aktivität, d.h. niedrige Arbeitslosigkeit und eine hohe Zuwachsrate des Sozialprodukts zu erwarten. Der Wirtschaftsaufschwung resultiert aus der "Zukunftsorientierung" der Gesellschaft, die sich in hohen Spar- und Investitionsquoten niederschlägt. Das Zinsniveau in einer solchen Wirtschaft ist niedrig. Gleichzeitig beeinflusst die niedrige Zeitpräferenz aber auch die Entscheidungen der Individuen hinsichtlich ihrer "Jenseitsorientierung" in ähnlicher Weise wie die Entscheidungen hinsichtlich des Zeitprofils des materiellen Konsums. Trotz schneller Erhöhung des materiellen Wohlstandes reicht der Zeithorizont der Individuen weit in die Zukunft. Deshalb ist anzunehmen, daß diejenigen Aspekte, die den Kern christlicher Religion ausmachen, mit einem hohen Gewicht in den individuellen Kalkül eingehen. Der Glaube an den christlichen Gott, dessen Früchte erst spät geerntet werden können, "zahlt sich aus". Eine niedrige gesellschaftliche Zeitpräferenzrate läßt deshalb niedrige Kirchenaustrittsquoten vermuten.

Folgehypothese 2

Umgekehrt bewirkt eine hohe gesellschaftliche Zeitpräferenzrate ein hohes Zinsniveau, niedrige Zuwachsraten der Kapitalbildung und des Volkseinkommens und daraus resultierend eine hohe Arbeitslosigkeit. Da dem materiellen (und immateriellen) Gegenwartskonsum dominierende Bedeutung zukommt, verlieren die zukunftsbezogenen, immateriellen Werte und Nutzen, die die Kirchen vermitteln, genauso an Bedeutung wie die Motivation zum materiellen Konsumverzicht. Kirchenaustritte häufen sich, da man für seine Beitragsleistungen

⁷ Neben der intertemporalen Wertschätzung des Konsums existieren noch angebotsseitige Determinanten des Realzinses, wie beispielsweise die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität oder das Ausmaß staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Siehe hierzu *Manfred Neumann*, Theoretische Volkswirtschaftslehre: Wachstum, Wettbewerb und Verteilung 2. Aufl., München 1994, S. 53 sowie *Rainer Klump/Richard Reichel*, Institutionelle Unsicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 213, 1994, S. 441-455. Aufgrund der teilweise problematischen empirischen Erfassbarkeit wurde auf die Einbeziehung dieser Größen verzichtet.

(Kirchensteuer) keinen adäquaten, kurzfristigen Konsumnutzen erwarten kann.

IV. EMPIRISCHE EVIDENZ

Im weiteren soll deshalb überprüft werden, ob das Konzept der gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate geeignet ist, den langfristigen Verlauf der Kirchengaustritte zu erklären. Die Überprüfung dieser Hypothesen erfolgt dabei anhand folgender Daten:

- Kirchengaustritte in Prozent des Mitgliederbestandes der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD)⁸
- Nominalzins, gemessen durch die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere
- Realzins, der Differenz zwischen Umlaufrendite und Inflationsrate⁹

Bei allen drei Variablen werden Jahreswerte der Periode 1900 bis 1997 verwendet.

Die Beschränkung auf die EKD kann dabei mit zwei Argumenten begründet werden. Zum einen reicht ihre Mitgliederstatistik bis in die 1880er Jahre zurück,¹⁰ zum anderen war die Bindung der Protestanten an ihre jeweiligen Landeskirchen in der Vergangenheit lockerer als die der Katholiken an die römische Kirche. Änderungen des Zeitgeistes haben sich dort deshalb wahrscheinlich schneller in der Austrittsbewegung niedergeschlagen. Zumindest für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich diese These auch empirisch stützen.¹¹ Für die evangelischen Kirchen ist die Austrittsproblematik deshalb quantitativ von größerer Bedeutung als für die römische Kirche.

Obwohl die Austrittszahlen für die EKD bis ins Jahr 1880 zurückverfolgt werden können, beginnt unsere Analyse zunächst mit dem Jahr 1900. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert wird später getrennt diskutiert. Ferner wurden bei unserer Analyse die Perioden 1914 bis 1924 (I. Weltkrieg und nachfolgende Hyperinflation) sowie 1930 bis 1956 (Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und II. Weltkrieg sowie unmittelbare Nachkriegszeit) ausgeklammert, da die exogenen Schocks hier besonders ausgeprägt waren. Für die Umlaufrendite

festverzinslicher Wertpapiere sind Nachkriegszahlen ohnehin erst ab 1956 vorhanden.¹²

Um die Beziehung zwischen den Variablen "Austrittsquote" und "Zinsniveau" zu überprüfen, wurden zunächst einfache Korrelationskoeffizienten berechnet, deren Werte in der folgenden Tabelle zusammengefasst sind. Um dem ökonomischen Strukturbruch durch die deutsche Wiedervereinigung Rechnung zu tragen, wurden sie für zwei Teilperioden (ohne bzw. mit Vereinigung) ermittelt.¹³

Korrelationskoeffizienten	Periode 1900-1990	Periode 1900-1997
Austritte – Nominalzins	+ 0,7615	+ 0,5647
Austritte – Realzins	+ 0,2734	+ 0,1837

Tabelle 1: Der Zusammenhang zwischen Austritten aus der EKD und dem Zinsniveau

Wie theoretisch erwartet, ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Austrittsquote und dem Zinsniveau. Besonders eng ist die Beziehung zwischen Austritten und nominalem Zins. Beide Korrelationskoeffizienten sind auf dem 99%-Niveau statistisch signifikant, während die Austritte mit dem Realzinsniveau wesentlich lockerer korrelieren. (Der Korrelationskoeffizient der ersten Periode ist auf dem 95%-Niveau signifikant, der der zweiten Periode allerdings ist insignifikant.) Angesichts dieses Resultats stellen sich zunächst zwei Fragen:

1. Aus welchem Grund korrelieren die Nominalzinsen sehr viel enger mit den Austritten als die Realzinsen, obwohl letztere die theoretisch geeignetere Variable zur Messung der Zeitpräferenzrate darstellen?
2. Welchen Erklärungsbeitrag liefert die Wiedervereinigung für die Entkoppelung von Austritten und Zinsniveau, die sich in einem weniger engen Zusammenhang in der Periode 1900-1997 niederschlägt?

Zur ersten Frage: Für den schwächeren Zusammenhang mit dem Realzins ist zu einem Teil wahrscheinlich die zu ungenaue Erfassung der Inflationserwartungen bei der Berechnung des Realzinses verantwortlich. Alle verwendeten Teilperioden (1900-1913; 1925-1929 sowie 1956-1997) zeichnen sich darüber hinaus durch eher niedrige Inflationsraten aus, die es zweifelhaft erscheinen lassen, daß die Wirtschaftssubjekte Realzinsenerwartungen haben, die wesentlich vom

⁸ Quelle: *Hild* (Anm. 1) S. 16; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahre.

⁹ Quelle: *Bundesbank*, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, verschiedene Ausgaben.

¹⁰ *Statistische Kommission* des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Statistische Mitteilungen aus den deutschen evangelischen Landeskirchen, Stuttgart, verschiedene Jahrgänge.

¹¹ *Hild* (Anm. 1) S. 11.

¹² *Deutsche Bundesbank*, Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876 - 1975. Frankfurt 1976.

¹³ Während der Unterperioden 1900-1913, 1925-1929 und 1956-1990 hat es vergleichbare Strukturbrüche nicht gegeben.

Nominalzins abweichen. Einzige Ausnahmen sind die beiden Ölkrise zu Beginn und am Ende der 70er Jahre und die in ihrer Folge aufgetretene unerwartete Inflation. Hierdurch weist der ex-post-Realzins niedrige Werte auf und die tatsächliche Zeitpräferenzrate wird unterzeichnet. Überdies gilt für die gesamte Periode, daß der Realzins wesentlich stärkeren konjunkturellen Schwankungen unterworfen war als der Nominalzins. Diese Tatsache ist für den weniger engen Zusammenhang mit den Kirchnaustritten ebenfalls verantwortlich zu machen. Da die kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen des Realzinses aber kaum etwas mit der Veränderung der gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate zu tun haben, bietet sich die Verwendung des Nominalzinses als zuverlässigerer Indikator für diese Variable an.

Zur zweiten Frage: Die schwächeren Korrelationen der Periode 1900-1997 im Vergleich zur Periode 1900-1990 sind auf die weiter steigenden Austritte in den Jahren 1990-97 trotz eines ab 1990 wieder sinkenden Zinsniveaus zurückzuführen. Diese Entkoppelung kann indes leicht erklärt werden. Zunächst wäre zu erwarten gewesen, daß die enormen Belastungen der deutschen Volkswirtschaft durch die Transferzahlungen in die neuen Bundesländer seit 1990, die zu einem überwiegenden Teil kreditfinanziert wurden, einen spürbaren Anstieg des Zinsniveaus bewirkt hätten. Dieser Zinsanstieg wäre der Reflex der Lastenabwälzung auf die Zukunft angesichts einer hohen Zeitpräferenzrate gewesen. Hierzu ist es aber nicht gekommen, da Deutschland seit 1991 auf ein elastisches Angebot an ausländischen Ersparnissen zurückgreifen konnte, das sich in einem historisch einmalig hohen Kapitalimport niederschlug. Durch dieses erhöhte Kapitalangebot wurde der sonst unvermeidlich eingetretenen Zinserhöhung entgegengewirkt, ja es kam in den Jahren ab 1993 sogar zu deutlich zurückgehenden langfristigen Zinsen. Da es sich bei der deutschen Volkswirtschaft um eine offene Wirtschaft mit engen internationalen Handelsverflechtungen handelt, kann dieser Effekt keinesfalls vernachlässigt werden. Vielmehr ist in den nächsten Jahren mit einem Fortbestehen dieser Konstellation zu rechnen, sodaß der langfristige Nominalzins die Zeitpräferenzrate nunmehr weniger zuverlässig als in der Vergangenheit widerspiegeln dürfte. Glücklicherweise hatte in den weitaus meisten Jahren der Untersuchungsperiode 1900-1990 der Kapitalverkehr eine quantitativ weitaus geringere Bedeutung und dürfte ohne großen Einfluß auf das Zinsniveau geblieben sein.

Aus diesen Gründen scheint es nötig, den Zusammenhang zwischen Zinsniveau als Näherungsgröße für die Zeitpräferenzrate und den Kirchnaustritten in einem erweiterten Rahmen statistisch zu testen. Zu diesem Zweck wurde auf das Instrument der multiplen Regressionsanalyse zurückgegriffen. Die Kirchnaustritte der Periode 1900-1997 werden nunmehr erklärt mit

- dem Nominalzins bzw. Realzins, sowie
- einer Dummy-Variablen, die von 1900-1990 den

Wert "0", ab 1991

hingegen den Wert "1" annimmt.

Durch diese Dummy-Variable wird der Strukturbruch der deutschen Wiedervereinigung mit dem in ihrem Gefolge stark angestiegenen Kapitalimport berücksichtigt.¹⁴ Die geschätzten Regressionsgleichungen lauten wie folgt:¹⁵

$$AUSTRITTE = -0,2935 + 0,0909 \text{ NOMINALZINS} + 0,6863 \text{ DUMMY}$$

(4,34) (9,09) (11,72) $R^2 = 0,798$

$$AUSTRITTE = 0,1594 + 0,0359 \text{ REALZINS} + 0,7078 \text{ DUMMY}$$

(2,24) (2,08) (8,06) $R^2 = 0,544$

Demnach ergibt sich sowohl für den Realzins als auch (in besonderem Maße) für den Nominalzins ein enger positiver Zusammenhang mit der Höhe der Kirchnaustritte, sodaß unsere eingangs formulierten Hypothesen empirische Unterstützung finden. Immerhin können 50-75% der Kirchnaustritte auf die Variablen "Wertewandel" (Nominal- bzw. Realzins) sowie den Strukturbruch der Wiedervereinigung zurückgeführt werden. Die kirchliche Bindung in Deutschland scheint demnach maßgeblich durch die herrschende Zeitpräferenzrate beeinflusst zu werden. Der recht enge Zusammenhang ist umso überraschender, als hier Größen zueinander in Beziehung gesetzt werden, denen man zunächst sicher keine Verwandtschaft unterstellt hätte. Weiterhin ist bemerkenswert, daß die Periodizität der langen Wellen von Zins und Kirchenbindung in etwa der Datierung der Kondratieff-Zyklen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen. Dies deutet darauf hin, daß zyklische Änderungen der gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate, deren Ursachen hier nicht nachgegangen werden kann, eine entscheidende Rolle bei der Erklärung langweiliger Schwankungen der Wirtschaftsaktivität spielen und simultan auch andere gesellschaftliche Verhaltensweisen, zu denen auch die Kirchnaustritte gehören, beeinflussen. Zur Illustration und Zusammenfassung dieser zyklischen Abfolge sind in der folgenden Tabelle einige ökonomische Kennzahlen sowie die Periodendurchschnitte der Kirchnaustritte wiedergegeben.

¹⁴ Implizit werden damit auch die in den neuen Bundesländern wesentlich höheren Austrittsquoten erfaßt.

¹⁵ In den Klammern unter den Koeffizienten sind die t-Werte angegeben. Das multiple Bestimmtheitsmaß R^2 bezeichnet den Anteil der durch die beiden Variablen Zins und Dummy erklärten Streuung der Kirchnaustrittsquote.

Teilperiode	Charakterisierung	Arbeitslosenquote	Nominalzins	Austrittsquote
1900-1913	Aufschwungsphase des 3. Kondratieff-Zyklus; "Wirtschaftswunder" des Kaiserreichs	1,81%	3,72%	0,03%
1925-1929	Abschwungphase des 3. Kondratieff-Zyklus; "Scheinblüte" der 20er Jahre	7,92%	8,03%	0,43%
1956-1966	Aufschwungsphase des 4. Kondratieff-Zyklus; Erhards "Wirtschaftswunder"	2,00%	6,61%	0,12%
1967-1997	Abschwungphase des 4. Kondratieff-Zyklus; Wachstumsabschwächung	5,80%	7,45%	0,61%

Tabelle 2: Kirchenaustritte und ökonomische Größen im Zyklusüberblick

Dieser empirische Befund erfährt zusätzliche Unterstützung, wenn auch die Entwicklung im 19. Jahrhundert betrachtet wird. In der Zeit von 1880 bis 1900 verharrte die Austrittsquote auf einem extrem niedrigen Niveau. Die Absolutzahl der jährlichen Austritte schwankte bei einer Mitgliederzahl von ca. 26-30 Millionen lediglich zwischen 1300 und 5500. Parallel hierzu war auch das (nominale wie reale) Zinsniveau mit ca. 3,5% sehr niedrig. Angesichts dieser Zahlen macht es keinen Sinn, die geringen Schwankungen der Austritte mit einer veränderten Zeitpräferenz zu erklären. Vielmehr müssen wir von einer durchweg sehr niedrigen gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate in jener Periode ausgehen. Der im Vergleich zu den Wachstumszyklen im 20. Jahrhundert nur sehr schwach ausgeprägte "Bürgerliche Kondratieff"¹⁶ spricht ebenso für diese These wie die geringe langfristige Volatilität der Zinsen in jener Zeit.¹⁷

Starke Schwankungen der Zeitpräferenzrate gab es erst im 20. Jahrhundert, wie der Verlauf der Zinsen und der Austrittsbewegung nach den beiden Weltkriegen zeigt. Die Kriege an sich scheinen dabei für die Erklärung der Austrittsbewegung keine Rolle zu spielen. Das Phänomen, daß zwar nach dem Ersten Weltkrieg eine Welle von Austritten zu beobachten war, nicht jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg, kann mit diesen exogenen Ereignissen in keiner Weise erklärt werden. Sinn ergibt erst die Erklärung durch den Wertewandel, der sich in einer gestiegenen Zeitpräferenzrate manifestiert. Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich dabei völlig anders dar als nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit dem Krieg 1914-1918 war die Welt bürgerlicher Tugenden des

Wilhelminischen Kaiserreichs schlagartig zusammengebrochen. In der Nachkriegszeit dominierte eher Umverteilungsdenken. Der Ausbau des Sozialstaats wurde vorangetrieben und hohe Reallohnzuwächse der unselbständig Beschäftigten trotz vorher nie gekannter Arbeitslosigkeit konnten durchgesetzt werden.¹⁸ Der (Staats)-Sozialismus fand verstärkt Eingang in die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik während der klassische Liberalismus politisch bedeutungslos wurde. All dies sind Zeichen für eine gestiegene Zeitpräferenzrate.

Parallel hierzu entstand eine Kirchenaustrittsbewegung, die sich zwar schon in den Jahren seit 1905 abgezeichnet hatte,¹⁹ die in der Nachkriegszeit jedoch zunehmend aggressivere Züge annahm. Ausgehend von der Reichshauptstadt Berlin, griff diese Bewegung mit Verzögerung zunächst auf weitere Großstädte, später sogar auf ländliche Gebiete über. Zwar stammten die ideologischen Begründungen für einen Austritt aus dem Lager der Freidenker, bei der politischen Agitation jedoch taten sich besonders Sozialdemokraten und Kommunisten hervor. Getreu der Parole "Die Firma 'Thron und Altar' ist pleite" bestand das Feindbild in "Kirche, Kaiserreich und Kapitalismus".²⁰ Der Zusammenhang mit der Transformation der Wirtschaftsordnung ist evident.

Ganz anders dagegen verlief die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Geist dieser Zeit war angesichts existenzgefährdender Not durch Rückbesinnung auf alte bürgerliche Tugenden wie Sparsamkeit, Fleiß und Opferbereitschaft gekennzeichnet. Ludwig Erhards Wirtschafts- und Währungsreform, die unverkennbar liberalen Geist atmete, war darauf angelegt, gerade diese Eigenschaften zum Zuge kommen zu lassen. Die Macht der Interessenverbände, die in der Weimarer Zeit erheblich gewachsen war, konnte temporär gebrochen bzw. vermindert werden. In jener Zeit nach 1945, die durch eine relativ niedrige Zeitpräferenzrate gekennzeichnet war, waren die Gottesdienste gut besucht und Kirchenaustritte kein ernsthaftes Problem.

Zu einer erneuten Änderung des Zeitgeistes scheint es dann wiederum Ende der 60er Jahre gekommen zu sein, als im Zuge der Studentenproteste jene bürgerlichen Tugenden massiver Kritik ausgesetzt waren. Wenngleich der direkte und unmittelbare Einfluß der 68er Generation zunächst gering war, so beeinflusste diese Bewegung doch maßgeblich den Zeitgeist der folgenden

¹⁸ Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 86ff.

¹⁹ Hans D. Ermel, Die Kirchenaustrittsbewegung im Deutschen Reich 1906-1914, Dissertation, Köln 1971.

²⁰ Helmut Reich, Die Aus- und Übertrittsbewegung 1884 - 1949. In: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1951, S. 363 - 385, S. 378.

¹⁶ Glismann/Rodemmer/Wolter (Anm. 5).

¹⁷ Ernst Vöge, Über die Höhe der verschiedenen Zinsarten und ihre wechselseitige Abhängigkeit: Die Entwicklung des Zinsfußes in Preußen von 1807 bis 1900, Jena 1902, S. 20.

Jahrzehnte. Der forcierte Ausbau des Sozialstaats, die Zurückdrängung privater selbstverantwortlicher Daseinsvorsorge (Ausweitung der Zwangsversicherung bei der Kranken- und Rentenversicherung) und die zunehmenden Eingriffe in individuelle Eigentumsrechte (Einschränkung der Vertragsfreiheit) waren die Folgen, die bis in die heutige Zeit nachwirken. In einer Gesellschaft, deren Bedürfnisse nach Sicherheit und Glück durch Ansprüche an den modernen Wohlfahrtsstaat befriedigt werden, haben die Kirchen vor allem dann ein wachsendes Legitimationsproblem, wenn sich der Zeithorizont ihrer Mitglieder immer weiter verkürzt.

Es stellt sich abschließend nun noch die Frage, ob bei der vorangegangenen Diskussion nicht der Zusammenhang zwischen Kirchenaustritten und Steuerbelastung, der in der tagespolitischen Diskussion immer wieder auftaucht, vernachlässigt wurde. Auf diese Frage kann folgende Antwort gegeben werden: Zwar ist es richtig, daß in der jüngsten Vergangenheit die Erhebung des Solidaritätszuschlags zu zwei Austrittswellen geführt hat und daß ähnliche Phänomene auch schon in der Weimarer Zeit beobachtet werden konnten,²¹ der langfristige Austrittszyklus kann damit aber in keiner Weise erklärt werden. Kurzfristige finanzielle Mehrbelastungen sind sicherlich nicht die eigentliche Ursache für den Kirchenaustritt, sondern viel eher nur der äußere Anlaß. Es treten nur diejenigen aus, deren religiöse Bindung schon weitgehend aufgehoben ist. Bei näherer Betrachtung zeigt sich überdies, daß die zunehmende Steuerbelastung keine weitere, exogene Determinante der Austritte ist, sondern vielmehr ebenfalls das Resultat einer ansteigenden Zeitpräferenzrate ist. Der verteilungspolitisch motivierte Anstieg der Belastung des Sozialprodukts mit Steuern und Abgaben unter Inkaufnahme negativer Wirkungen auf die Kapitalbildung reflektiert lediglich die gestiegene Präferenz der Gesellschaft für Gegenwartskonsum.²² Besonders deutlich zeigt sich dies in den finanziellen West-Ost-Transfers im Zuge der deutschen Einheit, die vorwiegend dazu dienen, in den neuen Ländern bereits jetzt materielle Lebensbedingungen zu schaffen, die, müßten sie aus dem eigenen Produktionsergebnis bestritten werden, erst in fernerer Zukunft erreicht werden könnten.

V. FOLGERUNGEN

Unsere aus der neoklassischen Wachstumstheorie abgeleiteten und durch die empirische Analyse gestützten Hypothesen deuten darauf hin, daß es sich beim Prozeß der Entkirchlichung um ein ökonomisch rational begründbares Verhalten der Individuen handelt, dessen Konsequenzen sich die Kirchen stellen müssen. Solange in einer Gesellschaft eine hohe Präferenz für materiellen und wahrscheinlich auch immateriellen Gegenwartskonsum vorherrscht, ist Hoffnung auf eine Umkehr dieses Trends trügerisch. "Kirchenmarketing" und ähnliche Versuche, dem Nachfrager den Konsum "transzendenter Güter" schmackhafter zu machen, mögen zwar geeignete Mittel sein, den Verfallsprozeß temporär zu verlangsamen, sie dürften aber kaum Aussicht auf dauerhaften Erfolg haben.

²¹ Reich (Anm. 20).

²² Neumann (Anm. 5) S. 142ff.

Welche Empfehlungen an die Volkskirchen können vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ausgesprochen werden? Zum einen erscheint es wenig erfolgversprechend, daß die Kirche ihre Aktivitäten primär auf die Bereitstellung sozialer Dienste verlagert. Dieses soziale Engagement ist zwar vordergründig ein geeignetes Legitimationsmittel und dürfte kurzfristig durchaus auch "wankelmütigen kirchenfremden Nicht-Mitgliedern" die Existenzberechtigung der Kirchen vor Augen halten, langfristig wird sich eine solche Strategie allerdings gegen die Konkurrenz des weltlichen Sozialstaats kaum als erfolgreich erweisen. Gleiches gilt für die Tendenz zur Übernahme politischer Themen, in die man sich angesichts der manchmal empfundenen Sinnkrise flüchtet. Eine christliche Gemeinschaft, die sich in Perioden hoher Zeitpräferenzraten primär als Sozialstaatssurrogat, als Hilfspartei oder als Umweltschutzbewegung versteht, ist sehr leicht substituierbar. Dies zeigt sich deutlich am Kirchenbesuch in der ehemaligen DDR am Vorabend der deutschen Einheit. Das Engagement der Kirchen gegen den SED-Staat hatte zeitweise für volle Gotteshäuser gesorgt; kaum war die Diktatur überwunden, waren die Kirchen wieder leer.

Hinsichtlich der finanziellen Konsequenzen der Austrittsbewegung kann eine eindeutige Antwort gegeben werden. Zunächst ist es in Perioden mit starker Gegenwartsorientierung ratsam, verstärkt kirchliches Vermögen zu bilden, da sich Erträge aus Kapitalanlagen bei gestiegenem Zinsniveau besser rentieren. Die Finanzierung dieses Vermögensaufbaus kann durch die Einschränkung von Aktivitäten mit vorwiegend konsumtivem Charakter geschehen, die ohnehin oftmals in Konkurrenz zu Angeboten des Sozialstaats existieren. Parallel hierzu ist eine stärkere Beitragsäquivalenz bei der Inanspruchnahme von Leistungen aus dem säkularen Bereich anzustreben. Diese kann dazu beitragen, der "Trittbrettfahrermentalität" mancher Konsumenten, die bei hoher Zeitpräferenz vermehrt auftritt, entgegenzuwirken.



Dr. Richard Reichel, Jahrgang

1961, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg
- 1988 Diplomexamen, 1993 Promotion
- seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik,
- seit 1994 am Lehrstuhl für VWL, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Bücher: *Die Sparquote in Entwicklungs- und Schwellenländern*, Bern-Stuttgart:Haupt-Verlag, 1993; *Markt oder Moral? Entwicklungspolitik auf die ökonomischen Füße gestellt*, Frankfurt/M.:Fischer-Taschenbuch, 1994; *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftwunder* (Hrsg.), Bern-Stuttgart:Haupt-Verlag, 1998; zahlreiche Aufsätze zu den Bereichen „Entwicklungsökonomie“, „internationale Wirtschaftsbeziehungen“ sowie „Ordnungs- und Sozialpolitik“